

Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy

Daniela Gottschlich

Green Economy – ein Konzept zur Bewältigung der Vielfachkrise?

Im Vorfeld und in den zwei Jahrzehnten nach der *UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung* in Rio de Janeiro 1992 wurde viel diskutiert über die Zusammenhänge von Natur und Gesellschaft, über die Notwendigkeit soziale, ökologische, politische, kulturelle und ökonomische Fragen zusammenzudenken, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Auch Geschlecht wurde dabei als eine entscheidende Querschnittskategorie anerkannt. Nachhaltigkeit als doppeltes Gerechtigkeitskonzept, das die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen ins Zentrum rückt, war und ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht zu denken – so die Botschaft, die seit der ersten Nachhaltigkeitskonferenz, in die sich Frauennetzwerke systematisch eingemischt hatten, in die Welt getragen wird.

Doch 20 Jahre später haben sich die globalen Trends nicht verbessert, sondern verschlechtert: Armut und die Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen sind weder überwunden noch weltweit rückläufig. Wirtschaft- und Finanzkrise, Klima-, Energie- und Ernährungskrise sind nur einige zentrale Bestandteile der aktuellen Vielfachkrise. Sie sind Ausdruck einer nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise, die Reichtum für Wenige produziert – ungeachtet der Tatsache, dass dabei die ökologischen und sozialen Grundlagen zerstört werden.

Mit der *Green Economy* setzt die UN für die *Rio+20 Konferenz* in 2012 nun ein Konzept auf die internationale Tagesordnung, das „menschliches Wohlbefinden“ und „soziale Gleichheit“ erhöhen soll bei gleichzeitiger Verringerung der „Umweltkrisen“ und „ökologischer Knappheiten“ (UNEP 2011). Das Hauptaugenmerk liegt auf energie- und ressourceneffizienter industrieller Produktion und auf umweltgerechtem Konsum. Doch ist dieses Konzept, das auf sehr unterschiedliche Weise interpretiert wird, in der Lage, den aktuellen Krisen zu begegnen und tatsächlich neue Impulse für einen notwendigen Wandel hin zu einem sozial und ökologisch gerechten Wirtschaftsmodell zu geben?

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lautet die Antwort aus feministischer „Care“-Perspektive, in der das Sorgen für Mensch und Natur im Zentrum steht: Nein, denn keiner der bisher diskutierten Green Economy Ansätze führt einen grundlegenden Wandel herbei. Das Konzept bricht weder mit dem Wachstumsdogma noch mit der eindimensionalen Ausrichtung des Wirtschaftens auf Markt und Güterproduktion. Unbezahlte sorgende und pflegende Tätigkeiten für Mensch (aber auch Natur) kommen eben so wenig vor wie schlecht bezahlte personenbezogene Dienstleistungen. Notwendig aber wäre ein Perspektiv- und Prioritätenwechsel, der von Frauennetzwerken und feministischen Ökonominen seit mehr als 20 Jahren gefordert wird¹: Ausgehend von der Care-Perspektive der Lebensprozesse ist das Ziel von Wirtschaften nicht monetärer Profit und immer weiteres ökonomisches Wachstum, sondern „human development“ und die Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen, die ohne eine nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlagen nicht zu denken sind.

¹ Angefangen von der Womens Action Agenda 1991, über die verschiedenen Plattformpapiere des transnationalen Frauennetzwerkes DAWN, die Arbeiten zahlreicher feministischer Ökonominen weltweit bis hin zum deutschsprachigen Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften oder der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung, die sich in Folge der UNCED-Konferenz bildeten.

In dieser kurzen Antwort spiegelt sich bereits das analytische und visionäre Potenzial einer „Care“-Perspektive, auf das im Folgenden eingegangen werden soll. An zwei Beispielen aus den Bereichen *Sorge für Ältere* sowie *Sorge für Natur (und Menschen)* wird zudem gezeigt, welche Konsequenzen eine Ausrichtung am Prinzip „Care“ und damit an einer Rationalität der Fürsorge hätte und worin der Unterschied zu einer rein „grünen Ökonomie“ liegt. Bei den gewählten Beispielen – die technischen altersgerechten Assistenzsysteme (AAL) und der Umgang mit den Erdölvorkommen im Yasuní Nationalpark in Ecuador – handelt es sich um Themen, die kontrovers diskutiert werden. Die Ausführungen im vorliegenden Papier verstehen sich als ein Beitrag zur Diskussion um Care und die Transformation einer Lebens- und Produktionsweise, die sich bisher zu wenig an sozial-ökologischer Verantwortung orientiert. Sie beanspruchen nicht, alle Fragen zu beantworten und werfen selbst neue Fragen auf.

Fest steht: Die Care-Logik lässt sich nur schwer in die herrschende, zu ihr größtenteils im Widerspruch stehende Logik des Marktes integrieren. Doch dort, wo es gelingt, wirtschaftliches und politisches Handeln an einer Fürsorgerationalität auszurichten, führt sie zu einer Veränderung des Bestehenden und stellt Wirtschaften (wieder) in den Dienst von Lebensprozessen und gutem Leben für alle².

Care als Ausgangspunkt feministischer Ökonomie, als kritische Analysekategorie und als normative Grundlage für nachhaltiges Wirtschaften

„Care“ ist einer der zentralen Bezugspunkt feministischer Ökonomie. Meistens ist von „Care-Work“ die Rede. Gemeint sind damit die Sorge- und Pflegearbeiten, die wir für uns selbst, für andere Erwachsene (die theoretisch auch für sich selbst sorgen könnten), insbesondere jedoch für diejenigen leisten, die nicht oder nur bedingt für sich sorgen können: Kinder/Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit ‚Behinderungen‘, kranke und pflegebedürftige Menschen. In einem weitgefassten Verständnis von Care (vgl. Tronto 1993: 103; Wichterich 2002: 86), wie es hier vertreten wird, schließt der Begriff auch die Sorge(arbeiten) für zukünftige Generationen und Natur, Tiere und Pflanzen mit ein – also beispielsweise auch das Engagement im Rahmen eines Freiwilligen Ökologischen Jahres, das Krötensammeln-und-über-die-Straße-tragen oder die vegane Ernährung.

Care umfasst damit weit mehr als das, was bisweilen unter „Hausarbeit“ oder „Regeneration der Arbeitskraft“ zusammengefasst wird. Sorgearbeiten setzen uns in Beziehung zu anderen Menschen und unserer ökologischen Mitwelt, erfordern Empathiefähigkeit und Umsicht: Keine Krankenpflege ohne Trost, keine Kindererziehung ohne liebevolle Zuwendung. Die Care-Economy zeigt uns Menschen als soziale Wesen, die abhängig sind von anderen Menschen, die in etwa in der einen Hälfte ihres Lebens (in Kindheit, bei Krankheit, im Alter ...) auf die Unterstützung und Versorgung anderer angewiesen sind und die – idealtypisch gedacht – in der anderen Hälfte ihres Lebens Sorgearbeit für andere leisten können. Doch die Arbeitsteilung in diesem Bereich ist hochgradig vergeschlechtlicht. Weltweit werden diese Sorgearbeiten immer noch vorrangig von Frauen und zumeist unbezahlt geleistet. Bezahlt kennen wir sie als „personenbezogene Dienstleistungen“, die – verglichen mit Löhnen im handwerklichen, wissenschaftlichen oder technischen Bereich – häufig schlecht bezahlt werden und eine vergleichsweise geringe gesellschaftliche Anerkennung genießen.

² Fallbeispiele, die zum Weiterdenken, Mitmachen und Nachmachen anregen, lassen sich finden bei Biesecker et al. (2000); Baier/Müller/Werner (2007); Habermann (2009); Voß (2010).

Dabei bündelt sich in diesen komplexen, von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägten sozialen Beziehungen nicht nur all das, was auf individueller Ebene für unsere eigene Lebensgestaltung und -erhaltung bzw. der Person(en), für die wir sorgen, notwendig ist: Hier geht es immer auch um die Aufrechterhaltung des Sozialgefüges als Ganzes, um die (Wieder)Herstellung von Gesellschaft. Gemeinsam mit Natur bilden soziale und ökologische Sorgearbeiten damit die Grundlage allen Wirtschaftens. Zentral für eine nachhaltige Entwicklung ist sowohl der Erhalt dieser Grundlagen, als auch die Ausgestaltung des Verhältnisses von marktvermittelten und lebensweltlich organisierten Produktions- und Reproduktionsprozessen.

Nutzt man Care nun als Analysekategorie und fragt nach der Rolle des Sorgens in der Green Economy, dann fällt auf, dass weder das Ganze der Arbeit noch der Zusammenhang von Marktökonomie und Sorgeökonomie in diesem Konzept vorkommt. Das ist in mehrfacher Hinsicht problematisch:

Erstens wird so die vielfach kritisierte „halbierte“ Perspektive der vorherrschenden Ökonomik und der darin eingeschriebenen Dichotomisierung von „produktiv“ und „reproduktiv“ auf der UN-Ebene und dem globalen Nachhaltigkeitsdiskurs beibehalten (vgl. Biesecker/Gottschlich 2012).

Zweitens geraten die miteinander verwobenen Krisen der Markt- und Versorgungsökonomie – beispielsweise die Auswirkungen der Finanzkrise auf alle Bereich der Lebenswelt – kaum oder gar nicht in den Blick. Dabei wächst die Last der Überlebenssicherung gerade in ökonomischen Krisenzeiten durch neue Grenzziehungen zwischen öffentlichem und privatem Bereich. In Europa führt der Umbau des Sozialstaates in Folge neoliberal geprägter Politik und aktuell im Zuge der „Bewältigung“ der Schuldenkrise zu Kürzungen im Bereich öffentlicher Infrastruktur. Die Folgen beschreiben Claudia von Braunmühl und Uta von Winterfeld (2003) als „doppelte Privatisierung“: Zum einen werden Teile der öffentlichen (vorrangig kommunalen) Daseinsvorsorge und Fürsorge an privatwirtschaftliche Akteure übergeben, für deren Dienste die Bürger_innen nun als Kund_innen zahlen müssen. Zum anderen werden ehemals vergesellschaftete Aufgaben in die privaten Haushalte und damit an die Versorgungsarbeiter_innen und/ oder ins Ehrenamt (zurück)verlagert. Sorgende Praktiken sind so vielfach das „letzte sozial-ökologische Netz für nicht-nachhaltige Entwicklungen“ (Gottschlich/Mölders 2008) Wobei durch Prozesse der doppelten Privatisierung eine Abwärts- und Armutsspirale in Gang gesetzt wird, die geschlechter_ungerechte, nicht-nachhaltige Verhältnisse noch weiter verschärft (vgl. Biesecker/v. Braunmühl/Wichterich/v. Winterfeld 2007).

Ein dritter problematischer Aspekt zeigt sich, wenn durch diese neuen Grenzziehungen Care-Arbeiten vom Markt in die unbezahlte Versorgungsarbeit der Familie bzw. im Freundeskreis und umgekehrt verschoben werden und dabei die lebensbezogene Sorge in den Widerspruch zur Verwertungs- und Effizienzlogik der Marktökonomie (ob grün oder nicht) gerät, wie wir es derzeit im Gesundheits- und Pflegebereich erleben, der als größter Wachstumssektor gilt. Besorgniserregend ist, dass auch hier Effizienz im betriebswirtschaftlichen Sinne zum Maßstab der Arbeitsorganisation wird (vgl. Biesecker/Gottschlich 2005). Dahinter verbirgt sich aber keine qualitative Verbesserung in der Versorgung der Kranken und Pflegebedürftigen. Vielmehr geht es darum, möglichst zügig viele Patient_innen „abzuwickeln“, sei es weil durch sogenannte Fallpauschalen für jede Behandlung nur ein fester Betrag zur Verfügung steht, sei es weil nicht fürs „Reden“ bezahlt wird, sondern nur für bestimmte mit zeitlichen Vorgaben versehene Pflegeleistungen gezahlt wird. Mit Menschenwürde und Lebensqualität hat diese kurzfristige Rationalität der (Geld)Nutzenmaximierung nichts zu tun. Denn auch bezahlte Care-Arbeit in Gestalt personenbezogener Dienstleistungen hat die Zielsetzung, Hilfsbedürftige, Alte und Kranke in ihrer eigenen Lebensbewältigung zu unterstützen. Gefordert sind pflegende und sorgende Subjekte in ihrer ganzen Lebendig- und Menschlichkeit. Der Transfer von kapita-

listischen Wirtschaftsprinzipien wirkt zerstörerisch sowohl auf die zu pflegende Person als auch auf die Person, die ihre Sorgearbeit ernst nimmt. Mit Hilfe von Care als Analysekategorie lassen sich also auch die normativen Grundlagen des herrschenden ökonomischen Denkens und Handelns hinterfragen und kritisieren. Green Economy hat bisher nur den ökologischen nicht aber den sozialen Raubbau im Blick. Wobei Natur als Kapital begriffen und nicht in ihrer Lebendigkeit erfasst wird. Zudem wird auch den Schwenk von „green growth“ zu „human development“ bzw. der Sicherung der Lebensgrundlagen („sustainable livelihoods“) als Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung durch die Green Economy Ansätze nicht vollzogen.

Genau hier liegt das zukunftsweisende Potenzial einer Care-Economy³, die Wirtschaften als eingebettet in den sozial-ökologischen Kontext versteht und die die Alltagsökonomie und ihre Ausrichtung an den lebensdienlichen Prozessen ins Zentrum rückt. Zu den Bausteinen für eine andere, nachhaltigere Art zu leben und zu wirtschaften gehören die Prinzipien der Kooperation und Partizipation. Ausgangspunkt für den sozial-ökologischen Wandel ist immer die Gestaltung des Ganzen der Arbeit und des Ganzen der Ökonomie. Erwerbsarbeitszeitverkürzung, die Berücksichtigung der Zeitenvielfalt rund um die Bedürfnisse der Individuen als soziale Wesen und eine Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf mehr Menschen und zwischen den Geschlechtern sind dafür genauso wichtig wie eine Verknüpfung von Prozessen der Herstellung und Wiederherstellen, Versorgung und Entsorgung, um sozial-ökologische Qualitäten zu erhalten oder zu verbessern.

D.h. ganz konkret, dass die Frage nach dem Ressourcenverbrauch auch in den verschiedenen Bereichen der Sorgeökonomie, in denen die Mensch-Mensch-Beziehung überwiegt, etwa bei der Beschaffung und Entsorgung durchaus wichtig ist. Und Forderungen nach z. B. Ökowiedeln, ökologischem Einkauf (Lebens- und Putzmittel), effizienten Küchengeräten oder Recycling in Krankenhäusern haben in einem Gesamtkonzept, das generell der Krise der Zerstörung der ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen begegnen will, ihre Berechtigung – nicht aber in einem Konzept, das die Umweltverantwortung einseitig auf Konsument_innen und Versorgungsarbeiter_innen abschiebt.

Sorge für ältere Menschen – das Beispiel Ambient Assisted Living

Nicht nur für Effizienzgewinne im Bereich der ökologischen Ressourcennutzung wird auf technische Innovationen gesetzt. Neuerdings wird über den Einsatz von (neuer) Technik auch im Pflegebereich nachgedacht. In den letzten Jahren etabliert sich an zahlreichen Hochschulen unter dem Stichwort „Ambient Assisted Living (AAL)“ (auf Deutsch: „von der Umgebung unterstütztes Wohnen“) ein neues Forschungsfeld, das vom Bundesforschungsministerium (BMBF) intensiv gefördert wird⁴ und das für viele Firmen einen neuen lukrativen Markt bedeutet: Untersucht wird, wie mit Hilfe von klug eingesetzten technischen Systemen, vor allem ältere Menschen befähigt werden, so lange wie möglich ein selbständiges Leben in ihrer vertrauten Umgebung führen zu können. Der Umbau zu solch einer unterstützenden Wohnung umfasst die Ausstattung mit Mikrosystem- und Kommunikationstechnik – oder einfacher ausgedrückt: mit „sprechenden“ Möbeln und ferngesteuerten Geräten. In der Test-

³ Mittlerweile existiert eine Fülle an Literatur zu feministischer Ökonomik und zur Care-Economy, vgl. stellvertretend Biesecker/Baier (2011); Biesecker/Hofmeister (2006); Gottschlich (2004, 2008); Habermann (2008); Notz (1999); Röhr (2011); Spitzner (2005); Stiefel (2002), Wichterich (1998, 2011).

⁴ Seit 2008 fördert das BMBF insgesamt 18 Forschungsprojekte im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Rund 45 Millionen Euro fließen in Forschungsprojekte unter dem Titel „Altersgerechte Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben (AAL)“. Parallel zu den Verbundprojekten werden begleitende Maßnahmen gefördert. Eine Studie zu ethischen Fragen im Bereich altersgerechter Assistenzsysteme wird aktuell ausgeschrieben (vgl. <http://www.aal-deutschland.de>).

phase sind beispielsweise Badezimmerspiegel mit integriertem Bildschirm, die an die Tabletteneinnahme erinnern; Sessel, die die Herz- und Atemfrequenz überwachen und an die entsprechende Arztpraxis in der Nähe senden; Rollstühle, die selbständig Hindernisse umfahren können und die mit Spracherkennungsprogrammen ausgestattet sind, um Küchenarbeitsplatten auf die passende Höhe abzusenken oder Licht über dem Esstisch an- und ausschalten zu helfen; eine Schließkarte für die Wohnungstür, die den Schlüssel ersetzt und die auch dafür sorgt, dass sich automatisch bestimmte elektrische Geräte ausschalten, wenn die Wohnung verlassen wird.

Mit diesen technischen Assistenzsystemen wird einerseits reagiert auf den steigenden Bedarf an Unterstützungs- und Hilfsangeboten für die Alltagsbewältigung im Alter, schließlich wird der Anteil der älteren Menschen in der Gesamtbevölkerung immer größer. Und der überwiegende Teil der pflegebedürftig werdenden Menschen wird in Deutschland Zuhause durch (zumeist weibliche) Familienangehörige versorgt. Andererseits geht es um die ökonomische Inwertsetzung der demographischen Veränderungen, kurz: um neue Märkte, um Exporte, um Wirtschaftswachstum, wie das nachfolgende Zitat des BMBF deutlich macht: „Durch eine frühzeitige Positionierung von Produkten und Dienstleistungen auf diesem wichtigen Zukunftsmarkt werden Chancen des demografischen Wandels wirtschaftlich nutzbar. Darin liegen auch Potenziale für neue Märkte. So kann die demographische Entwicklung zu einem Motor für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung werden, sowie neue Exportchancen eröffnen.“⁵

Wenn menschliche Arbeit durch Technik ergänzt bzw. ersetzt wird und damit zugleich neue Märkte erschlossen werden, gilt es aufmerksam zu sein für die sozial-ökologischen Implikationen und die möglichen Schattenseiten. Insbesondere die Frage, wem nützt es, ist aus der Care-Perspektive entscheidend. Für die Krankenkassen wird dadurch teure und zeitaufwendige Pflege eingespart, denn ein Ausbau der häuslichen Umgebung ist billiger als ein Platz im Pflegeheim. Aber übernimmt die Krankenkasse den Umbau generell für alle Personen, die daran interessiert sind oder sind ähnliche Hindernisse im Zugang zu dieser Technik zu erwarten wie bei den derzeitigen Prozessen der Einstufung in die jeweiligen Pflegestufen? Kann man sich als betroffene pflegeabhängige Person auch gegen die Technisierung seines Alltags wehren? Und wie sind altersgerechte Assistenzsysteme aus ökologischer Sicht zu bewerten? Wird mit der Ausdehnung von Technikeinsatz auf immer neue Bereiche nicht gerade eine ressourcenverbrauchende Wirtschaftsweise stabilisiert? Wie werden Pflegebedürftige bei der Entscheidung für und am Einsatz von solchen spezifischen Pflegemaßnahmen beteiligt? Wie kann sichergestellt werden, dass es sich um eine Unterstützung der zu pflegenden Person (durchaus im Sinne eines Empowerments) handelt und um eine physische und psychische Entlastung der pflegenden Person? Und dass gerade nicht Vereinsamungs- und Isolationsprozesse möglicherweise noch verschärft werden, wenn Gespräche und Zuwendungen durch Familie, Pflegekräfte und medizinisches Personal entfallen, wenn der Sessel den Blutdruck misst und der Spiegel an die Tabletteneinnahme erinnert.

Auffällig ist auch, dass die Beschäftigung mit ethischen Fragen der Technikentwicklung hinter herhinken. Dabei stellt sich gerade bei den passiven Systemen, die keine Nutzer_innen-Interaktion (mehr) nötig machen, wie z.B. bei den permanent die Vitaldaten erfassenden Geräten (Sessel), die ihre Daten an eine medizinische Datenbank übertragen, von welcher sich behandelnde Ärzt_innen die Werte abrufen können, die Frage nach Datenschutz, Privatsphäre und der Reichweite der Kontrolle.

Das Beispiel Ambient Assisted Living macht deutlich, dass es einer konsequenten Orientierung an einer Rationalität der Fürsorge bedarf, um technische Innovationen im Sinne aller Betroffenen für ein

⁵ Vgl. <http://www.aal-deutschland.de/aal-1>

gutes Leben einzusetzen. Die Frage, wie, wo und mit wem wir leben wollen, wenn wir alt und pflegebedürftig sind, ist der Frage nach dem möglichen Technikeinsatz immer übergeordnet. Altersgerechte Assistenzsysteme können nur ein Teil eines Gesamtpaketes zur Sorge für ältere Menschen sein – zusammen mit anderen Maßnahmen wie der Aufwertung und besseren Bezahlung von Pflegearbeiten, der strukturellen Absicherung von Pflegezeiten durch den Staat (wie etwa bei der Elternzeit) etc.

Sorge für Natur (und Menschen) – das Beispiel Yasuní Nationalpark in Ecuador

Green Economy setzt auf Effizienz: Immer weniger Ressourcen sollen für die Herstellung von Produkten verwendet werden, bei gleichzeitig immer geringeren Emissionen, die dabei entstehen. Eine für- und vorsorgende Art zu wirtschaften geht weiter und verbindet das Streben nach Effizienz mit dem Gedanken der Suffizienz: Es geht nicht nur und zu allererst um die Frage: Ließe sich noch energiesparender und emissionsärmer produzieren, sondern darum, was überhaupt hergestellt werden soll und was nicht. Zu den ethischen Grundlagen einer weitgefassten Care-Economy gehört der Respekt vor allem Lebendigen sowie ein nicht-herrschaftlicher Umgang mit Natur – mit dem Ziel, soziale und ökologische Gerechtigkeit zusammenzudenken.

Die aktuellen Tendenzen der weltweiten Rohstoffpolitik sehen jedoch anders aus. Auch in vielen Ländern des globalen Südens, insbesondere in Lateinamerika, wird die Armutsbekämpfung über wirtschaftliches Wachstum im Allgemeinen und über eine Politik des „Neo-Extraktivismus“ im Besonderen verfolgt. Gemeint ist mit diesem Begriff, der auf den uruguayischen Sozialökologen Eduardo Gudynas⁶ zurückgeht, dass Einnahmen aus der Förderung von Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas, Mineralien und Agrarprodukten, die vor allem in Länder des globalen Nordens exportiert werden, für die Finanzierung von sozialpolitischen Maßnahmen eingesetzt werden. Ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit hat nach dieser Logik einen hohen Preis: die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen sowie damit einhergehende Umweltzerstörung und die Abhängigkeit von Rohstoffpreisen auf internationalen Finanzmärkten.

Dass es Möglichkeiten gibt, sich diesem ressourcenintensiven, am Weltmarkt und ökonomischen Wachstum orientierten Entwicklungsmodell, das auf Natur und die in den Abbaugeländen lebende indigene Bevölkerung keine Rücksicht nimmt, zu widersetzen und soziale und ökologische Gerechtigkeit zu verbinden, zeigen die Initiativen rund um den Yasuní Nationalpark in Ecuador. Dort wurde das größte noch unangetastete Ölfeld Ecuadors, das Ishpingo-Tambococha-Tiputini (ITT), gefunden. Die 850 Millionen Barrel Öl entsprechen einem Fünftel des Gesamtbestandes in Ecuador, ihr Wert beträgt gut 7,2 Milliarden Dollar. Erdöl ist die wichtigste Geldquelle des Staates⁷. Doch die Erdölförderung würde sowohl den Regenwald zerstören, als auch die dort lebende indigene Bevölkerung der Waorani⁸ bedrohen.

Ecuador wäre bereit, das Öl im Boden zu belassen und auf die Hälfte der Einnahmen zu verzichten, wenn die internationale Staatengemeinschaft die andere Hälfte in Form von Kompensationsleistun-

⁶ Eduardo Gudynas ist Senior Researcher am Lateinamerikanischen Zentrum für Soziale Ökologie (*Centro Latino Americano de Ecología Social*, CLAES) in Montevideo, Uruguay.

⁷ Vgl. die ZEIT vom 16.6.2011 (<http://www.zeit.de/2011/25/DOS-Ecuador-Yasuni-Nationalpark>).

⁸ Nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker leben heute im Yasuní-Park noch rund 2.000 Waorani, darunter die beiden kleinen Gruppen der Tagaeri und der Taromenane, die jeglichen Kontakt zur Außenwelt ablehnen. Immer wieder kam es zu Übergriffen bis hin zu Morden an der indigenen Bevölkerung, die nicht nur von der zerstörerischen Ölförderung, sondern auch von illegalem Holzeinschlag betroffen ist (vgl. <https://www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=2324&stayInsideTree=1>).

gen, die in einen von den UN verwalteten Fonds⁹ fließen, erstattet. Das Geld soll für eine nachhaltige Landwirtschaft und die Erschließung alternativer Energiequellen eingesetzt werden. Hinter dieser Idee des Naturerhalts als (globales) Gemeingut und der Nicht-Erschließung fossiler Energiequellen in Kombination mit Ausgleichzahlungen, die für soziale Zwecke und nachhaltige Entwicklung eingesetzt werden sollen, lässt sich durchaus eine Care-Logik identifizieren, die jedoch dem herrschenden Leistungsgedanken widerspricht. Daher ist es zwar bedauerlich, aber nicht verwunderlich, dass der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel jede Unterstützung ablehnt. Er zahle nicht fürs Nichtstun¹⁰. Er verkennt dabei, dass *Schonung* und *explizites Nicht-Handeln* wichtige Möglichkeiten sind, um sozial-ökologische Qualitäten zu erhalten oder sogar auszubauen.

Eine zentrale Rolle spielt dabei das Vorsorgeprinzip. Während der Emissionshandel Staaten belohnt, die einen zerstörten Wald aufforsten, geht es aus einer Care-Economy Perspektive darum, auch und gerade die Länder – ggf. eben auch monetär – zu unterstützen, die ihren Wald von vornherein stehen lassen. D.h. zur effizienteren Ressourcennutzung, wie sie die Green Economy vertritt, und zur Orientierung des Wirtschaftens an Kreisläufen, die die Wiedergewinnung und Wiederverwendung der genutzten Ressourcen in den Mittelpunkt stellen, tritt als dritter entscheidender Aspekt die Schonung, die Rationierung und die Nichtnutzung von Natur für kommerzielle, großindustrielle Zwecke¹¹.

Die Vielzahl von kleinen Initiativen zum Yasuní Nationalpark auch in Deutschland, die nicht zuletzt aus Protest und Gegenbewegung zur deutschen Entwicklungspolitik entstanden sind, ist ermutigend aus einer Care-Perspektive. Zeigt sich doch, dass die Idee einer gemeinsamen Verantwortung für die sozial-ökologischen Grundlagen jenseits von nationalstaatlichen Grenzen auf breite Zustimmung stößt.

Gleichwohl melden sich auch kritische Stimmen zu Wort: Macht sich die Weltgemeinschaft nicht erpressbar, wenn sie für jede Nichtzerstörung von Natur zahlt? Wird wirklich eine Care-Logik verfolgt, wenn nur geschützt wird, wenn auch Geld fließt? Was nützt es, wenn außerhalb des Nationalparks trotzdem ungemindert Erdöl abgebaut wird und die Logik der Naturausbeutung nicht gestoppt wird? Wird hier nicht Ressourcenschutz zur Ware, um die gefeilscht wird, und handelt es sich bei dem angestrebten Fonds für Yasuní nicht um genau so ein ökonomisches Instrument wie das umstrittene REDD-Programm (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation)¹², das walddreichen Ländern des Südens Kompensationen für aktiven Waldschutz oder Aufforstung verspricht, aber gleichzeitig die (Nutzungs)Rechte der lokalen Bevölkerung einschränkt? Ginge es aus einer Care-

⁹ In der Regel übernimmt die Weltbank die Verwaltung der UN-Fonds – und genau in diesem Zusammenhang melden sich NGO skeptisch zu Wort. Die Frage nach den Kriterien, anhand derer entschieden wird, für welche Zwecke das Geld tatsächlich ausgegeben wird und wer entscheidungsbefugt ist, ist eine der vielen offenen Fragen.

¹⁰ Vgl. die Süddeutsche Zeitung vom 12.11.2011.

¹¹ Vgl. dazu auch das Konzept von Gerhard Scherhorn (2011), in dem diese drei Aspekte zukünftig über den Markt geleistet werden sollen. Scherhorn plädiert für eine staatliche Revision der Wettbewerbsordnung, die gewährleistet, dass sich Naturerhalt auszahle, die Externalisierung von ökologischen Kosten jedoch als unlauterer Wettbewerb abgestraft werde.

¹² Zu Deutsch: „Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und zerstörerischer Waldnutzung“. Der in den Wäldern gespeicherte Kohlenstoff wird im REDD-Modell monetär bewertet. Der REDD-Prozess sieht vor, Emissionen aus der Entwaldung zu messen bzw. zu errechnen und anschließend Kompensationszahlungen zuzuweisen. Während Befürworter_innen des REDD-Prozesses hoffen, dadurch Anreize für einen Stopp weiterer Rodung zu schaffen, lehnen viele NGOs die REDD-Mechanismen ab, da ihre Umsetzung vielfach die Rechte der indigenen Bevölkerung an den Wäldern und der Frauen einschränkt, weil es auch die Aufforstung durch Plantagen fördert, weil der Korruption Tür und Tor geöffnet wird – um nur einige Argumente zu nennen. (Die Kritik geht weit darüber hinaus, vgl. z.B. <http://www.globalwitness.org/campaigns/environment/forests>)

Perspektive nicht gerade darum, die Monetarisierung von Natur und ihren „Leistungen“ zu problematisieren? Wird nicht auch das Schützen und Nützen von Natur erneut getrennt statt der Logik des „erhaltenden Gestaltens“ (Biesecker/Hofmeister 2006), das in der Regel eine nachhaltige Nutzung beinhaltet, zu folgen?

Ähnlich wie in der Beurteilung der altersgerechten Assistenzsysteme lässt sich das Beispiel über die Beantwortung der Frage, ob die sozial-ökologischen Qualitäten erhalten oder verbessert werden und in wessen Interesse die Maßnahmen umgesetzt werden, bewerten.

Die hier vertretene Position von Care geht von einer untrennbaren Verbindung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit aus. Dem würden ökologische Sorgemaßen für Natur widersprechen, die das Soziale nicht in den Blick nehmen. Im Fall Yasuní wird die soziale Dimension in zweierlei Hinsicht berücksichtigt: Erstens werden durch die Nichtnutzung die Lebensgrundlagen (livelihoods) der indigenen Bevölkerung bewahrt, zweitens sollen die Ausgleichszahlungen für die nachhaltige Entwicklung des Landes und damit für das Gemeinwohl verwendet werden. Nicht unerheblich für die Bewertung ist dabei, ob diese Ankündigungen auch umgesetzt werden. Einem Staat wie Ecuador, der in seiner Verfassung von 2008 das gute Leben für alle Menschen in Gemeinschaft und Vielfalt und in Harmonie mit der Natur in Form des „Buen vivir“ festgeschrieben hat (vgl. República del Ecuador 2008; Fatheuer 2011), ist dies sicherlich eher zuzutrauen als einer Militärdiktatur, die ökonomische Instrumente wie REED strategisch nutzt und dafür Menschen ohne Entschädigung zwangsumsiedelt und sie so von ihren Lebensgrundlagen abschneidet.

Ausblick

Auf der Klimakonferenz im Dezember 2011 in Durban wurde von einigen Nichtregierungsorganisationen die Gefahr, dass sich hinter dem Green Economy Konzept nichts weiter als die Begründung des Kapitalismus verberge, auf die Formal gebracht: "Green Economy = Greed Economy".

Eine vorrangig ökologische Erneuerung von Ökonomie, die Gerechtigkeitsfragen weitestgehend außen vor lässt, reicht nicht aus für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise. Wenn sie zudem nicht mit der Logik der Profitmaximierung, des Leistungsdenkens und des beständigen Wirtschaftswachstums bricht, bleibt auch eine Green Economy krisenverursachend und krisenverschärfend.

Statt Gier und Konkurrenz ist nachhaltiges Wirtschaften auf der individuellen Ebene auf Empathie, Kooperation, gemeinsames Lernen und Handeln angewiesen und nicht zuletzt auch auf den Mut „etwas anderes zu tun, als wir es gelernt haben“ (Habermann 2011: 19).

Statt Sorg- und Maßlosigkeit braucht nachhaltiges Wirtschaften auch Unternehmen, die sich an sozial-ökologischen Qualitäten orientieren und dabei nicht nur die Regenerationsprozesse von Natur beachten und Ressourcenkreisläufe schließen, sondern beispielsweise auch Erwerbsarbeitszeitverkürzung mittragen und damit alternative Arbeitsmodelle unterstützen – Modelle, die vorsehen, dass das Verhältnis der unterschiedlichen Arbeitsarten wie Eigen- und Gemeinwesenarbeit, unbezahlter Sorgearbeit und Erwerbsarbeit neu ausgehandelt und (geschlechter_gerecht) gestaltet werden muss.

Statt der Privatisierung und Feminisierung von Sorgearbeit braucht es die Vergemeinschaftung von sozialer und ökologischer Sorgeverantwortung; braucht es eine politische Kultur, die kooperative und partizipative Werte schätzt. Der Deutsche Frauenrat spricht in diesem Zusammenhang von einer neuen „Gesellschaftsphilosophie geteilter und gerechter Sorge“, die einer institutionellen Verankerung und materiellen Absicherung durch staatliche Stellen bedarf (vgl. genanet et al. 2011) – sei es

durch neue Formen der Grundsicherung für jede Person, sei es durch die Bereitstellung öffentlicher Versorgungsleistungen („public services“) sowie einer lebensdienlichen Infrastruktur, die individuelle und kollektive Beteiligungen an der Gestaltung einer sorgenden (und nicht sorglosen) Lebens- und Wirtschaftsweise ermöglicht und unterstützt.

Kontakt

Green Economy: Gender_Gerecht
LIFE e.V.
Dircksenstr. 47
10178 Berlin
Tel. 030.308798-35
Email: roehr@life-online.de
www.genanet.de/greeneconomy.html

Bibliographie:

- Baier, Andrea/Müller, Christa/Werner, Karin (2007): Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid/Baier, Andrea (2011): Gutes Leben braucht andere Arbeit. Alternative Konzepte in der Diskussion. In: Politische Ökologie Nr. 125, S. 54-62.
- Biesecker, Adelheid/Gottschlich, Daniela (2005): Effizienz. In: ABC der Globalisierung. Von „Alterssicherung“ bis „Zivilgesellschaft“, hrsg. v. Wissenschaftlichen Beirat von attac, Hamburg: VSA Verlag, S. 34-35.
- Biesecker, Adelheid/Gottschlich, Daniela (2012): Wirtschaften und Arbeiten in feministischer Perspektive – geschlechtergerecht und nachhaltig? In: Hofmeister, Sabine/Katz, Christine/Tanja Mölders (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie ‚Geschlecht‘ in den Nachhaltigkeitswissenschaften, Opladen: Barbara Budrich (im Erscheinen).
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrall, Babette (Hrsg.) (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Biesecker, Adelheid/v. Braunmühl, Claudia/Wichterich, Christa/v. Winterfeld, Uta (2007): Die Privatisierung des Politischen. Zu den Auswirkungen der doppelten Privatisierung. In: Femina Politica, Heft 2/2007, S. 28-41.
- v. Braunmühl, Claudia/v. Winterfeld, Uta (2003): Global Governace. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal: Wuppertal Paper Nr. 135.
- Fatheuer, Thomas (2011): Buen Vivir. Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur. Berlin: Heinrich Böll Stiftung, Ökologie Band 17.
- genanet – Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit/Deutscher Frauenrat/Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)/Frauenpolitischer Rat des Landes Brandenburg e.V./Verband deutscher Unternehmerinnen (2011): Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft. Diskussionspapier. Berlin, http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/17.11.11_Diskussionspapier_end.pdf [Zugriff: 13.1.12].
- Gottschlich, Daniela (2004): „Leben ist nicht nur Erwerbsarbeit ...“ – Ergebnisse eines transnationalen Frauenprojektes im Kontext von lokalen Nachhaltigkeits- und Agenda 21-Prozessen, in: Biesecker, Adelheid/ Elsner, Wolfram (Hrsg.): Erhalten durch Gestalten – Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie, Jahresband der 10. Tagung des Instituts für Institutionelle und Sozial-Ökonomie (iiso), Frankfurt a. M. u.a., S. 173-188.
- Gottschlich, Daniela (2008): Care Economy. Nachhaltiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive, in: Gottschlich, Daniela et al. (Hrsg.): Reale Utopien. Perspektiven für eine friedliche und gerechte Welt, Köln: PapyRossa Verlag, S. 123-134.
- Gottschlich, Daniela/Mölders, Tanja (2008): Feministischer Nachhaltigkeitsdiskurs zwischen Kritik und Visionen – Who cares? In: Technik, Naturwissenschaft und Mathematik nachhaltig in Frauenhand e. V. (Hrsg.): Nachhaltig Vorsorgen. Dokumentation des 33. Kongresses von Frauen in Naturwissenschaft und Technik, Lüneburg: TechNaM e. V., S. 80-85.

- Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Habermann, Friederike (2008): Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Frankfurt a.M.: Nomos.
- Habermann, Friederike (2011): Ecommony statt Economy. Wir werden nicht als Egoist_innen geboren. In: Frauenrat. Informationen für die frau: Green Economy. Gerechtigkeit oder Begrünung des Kapitalismus? Heft 5/ 2011, S. 17-19.
- Notz, Gisela (1999): Arbeit, Arbeit, Arbeit. Der traditionelle Arbeitsbegriff und die Notwendigkeit seiner Veränderung aus alternativ-ökonomischer Sicht. In: DGB-Bundesjugendschule (Hrsg.): Kapitalismus ohne Alternativen? Neu-Ulm: AG SPAK Bücher, http://www.leibi.de/takaoe/89_07.htm [Zugriff 13.1.2012].
- República del Ecuador (2008): Constitución de la República del Ecuador. Quito: Asamblea Constituyente.
- Röhr, Ulrike (2011): Green Economy. Die Wirtschaft soll grüner werden – aber wird sie damit auch gerechter? In: Frauenrat. Informationen für die frau: Green Economy. Gerechtigkeit oder Begrünung des Kapitalismus? Heft 5/ 2011, S. 2-3.
- Scherhorn, Gerhard (2011): Die Welt als Allmende: marktwirtschaftlicher Wettbewerb und Gemeingüterschutz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 28-30/2011, S. 21-27, <http://www.bpb.de/publikationen/LSBP7Y.html> [Zugriff: 13.1.12].
- Spitzner, Meike (2005): Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck: Entwicklung eines Gender-Analyse-Konzepts zu Privatisierung, Liberalisierung und sozial-ökologischer Regulation. In: Der öffentliche Sektor, Wien, Bd. 31, Heft 1/2 (Mai), S. 55-78.
- Stiefel, Elisabeth (2002): Stadt der Männer? Stadt der Frauen – Stadt für alle. Arbeitspapier Nr. 60, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Tronto, Joan (1993): Moral Boundaries. A political argument for an ethics of care. New York/ London: Routledge Veil.
- UNEP (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication – A Synthesis for Policy Makers, www.unep.org/greeneconomy [Zugriff: 13.1.12].
- Voß, Elisabeth/NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. (Hrsg.) (2010): Wegweiser Solidarische Ökonomie. |Anders Wirtschaften ist möglich! Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.
- Wichterich, Christa (1998): Vom Haushalt zum Bruttosozialprodukt und zurück: Internationale feministische Diskurse zu Wirtschaftspolitik. In: Ruppert, Uta (Hrsg.): Lokal bewegen, global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht. Frankfurt am Main, New York, S. 183-207.
- Wichterich, Christa (2002): Sichere Lebensgrundlagen statt effizienter Naturbeherrschung – Das Konzept nachhaltige Entwicklung aus feministischer Sicht, in: Görg, Christoph/ Brand, Ulrich (Hrsg.) Mythen globalen Umweltmanagements. Rio + 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 49-72.
- Wichterich, Christa (2011): Kapitalismus mit Wärmedämmung. Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy. In: Frauenrat. Informationen für die frau: Green Economy. Gerechtigkeit oder Begrünung des Kapitalismus? Heft 5/ 2011, S. 5-7.